

ANFRAGE von Angie Romero (FDP, Zürich), Claudio Zihlmann (FDP, Zürich) und Michael Biber (FDP, Bachenbülach)

Betreffend Straffälligkeit von Asylsuchenden aus Maghreb-Staaten

Wie der «Blick» am 20. August 2026 berichtete, zeigt eine interne Auswertung des Staatssekretariats für Migration (SEM) ein besorgniserregendes Bild bezüglich der Straffälligkeit von Asylsuchenden aus den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko und Tunesien). Demnach wurden im Jahr 2024 80.5 Prozent der nordafrikanischen Asylsuchenden während ihres Asylverfahrens oder nach einem negativen Entscheid einer oder mehrerer Straftaten beschuldigt. Gleichzeitig werden gemäss SEM 99% der Asylgesuche von Personen aus diesen Staaten abgelehnt.

In diesem Kontext bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Asylsuchende aus Maghreb-Staaten wurden in den letzten fünf Jahren im Kanton Zürich als Beschuldigte einer Straftat registriert? Welchem prozentualen Anteil der jeweiligen Personengruppe entspricht dies? Wir bitten soweit möglich um eine Aufschlüsselung nach Jahr, Herkunftsstaat und Deliktskategorie.
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Kriminalitätsbelastung durch Personen aus Maghreb-Staaten im Kanton Zürich? Entspricht die Situation im Kanton Zürich ungefähr den vom SEM für die Schweiz festgestellten Verhältnissen?
3. Welche besonderen Massnahmen treffen Kantonspolizei, Migrationsamt, Staatsanwaltschaften und weitere zuständige kantonale Stellen im Umgang mit straffälligen Personen aus diesen Herkunftsstaaten? Wurden diese Massnahmen in den vergangenen Jahren verschärft oder ausgebaut?
4. Wie viele rechtskräftig weggewiesene Personen aus Maghreb-Staaten befanden sich in den letzten fünf Jahren jeweils im Zuständigkeitsbereich des Kantons Zürich und wie viele davon konnten tatsächlich ausgeschafft oder anderweitig kontrolliert zur Ausreise gebracht werden?
5. Wie viele Personen aus Maghreb-Staaten konnten trotz rechtskräftiger Wegweisung nicht ausgeschafft werden? Was waren die hauptsächlichen Gründe für den Nichtvollzug?
6. Sieht der Regierungsrat angesichts der nun bekannt gewordenen Zahlen zusätzlichen Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene? Falls ja, welche Massnahmen beabsichtigt er zu ergreifen? Falls nein, weshalb nicht? Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf auf Bundesebene, und wenn ja, wie gedenkt er diesbezüglich vorzugehen?

Angie Romero
Claudio Zihlmann
Michael Biber